

Schacht Konrad

Verfahren kommt in die entscheidende Phase

Der Atommüllskandal hat einer breiten Öffentlichkeit die völlig ungelöste Entsorgungsfrage bei der Atomindustrie bewußt gemacht. Doch nicht nur von der Akzeptanz, sondern auch von der materiellen Seite her sind für die Betreiber die großen Mengen der »nicht nennenswert wärmeentwickelnden radioaktiven Abfälle«, die ca. 95% des gesamten Atommülls ausmachen und für SCHACHT KONRAD vorgesehen sind, das drängendste Problem. Nach den neuesten Vorusberechnungen der PTB sind 1993 die diversen Zwischenlagerkapazitäten ausgeschöpft. Wenn dann KONRAD nicht zur Verfügung steht, müßten die Betreiber neue Zwischenlagerkapazitäten schaffen, was aber neue Probleme mit sich bringen würde. Aufgrund der mehrmaligen Verschiebungen ist 1993 der früheste Zeitpunkt für den Beginn der Einlagerung geworden (s. Zeitplan). Dementsprechend haben die Atomlobbysten Umweltminister Töpfer auf der Jahrestagung der Kerntechnik aufgefordert, KONRAD möglichst rasch in Betrieb zu nehmen.

Töpfer handelte. Er beauftragte das Bonner Unternehmen IEAL Energy Consult GmbH mit dem Projektmanagement. Erklärtes Ziel: »Die zeit- und bedarfsgerechte Verwirklichung der Endlagerprojekte Gorleben und SCHACHT KONRAD«. Der Zwei-Mann-Betrieb wird übrigens geführt von einem Herrn Schmidt-Küster, bis 1982 Leiter der Abteilung Kerntechnik im BMFT. Für viele steht Gorleben als Entsorgung.

Obwohl sich die Bedeutung der beiden Endlagerstandorte Gorleben und SCHACHT KONRAD bereits Anfang der 80-er Jahre - nach den schlechten Bohrergebnissen im Gorlebener Salzstock - für die Bundesregierung stark verändert hat, ist das gerade innerhalb der Anti-AKW-Bewegung immer noch nicht zur Kenntnis genommen worden. Auf vielen überregionalen Treffen und Konferenzen wird immer noch die Frage gestellt, was wir denn zu Gorleben machen könnten, obwohl das Endlager in diesem Jahrhundert weder fertiggestellt, noch von der Atomindustrie gebraucht wird.

Bezeichnenderweise ist dieser Sachverhalt innerhalb der »Nach-Tschernobyl-Gruppen« offenbar wesentlich mehr verankert als in der alten. In den Köpfen der alten Bewegung scheint sich die Gleichsetzung »Gorleben gleich Entsorgung« festgesetzt zu haben.

IM MAI 89 SOLL ÖFFENTLICH AUSGELEGT WERDEN.

Erstmals wird bei SCHACHT KONRAD ein Planfeststellungsverfahren für ein Endlager (nach §9b Atomgesetz) durchgeführt. Bei der Endlagerung in ASSE II (bei Wolfenbüttel, 20 km von Braunschweig) von 1967 - 78 war seinerzeit lediglich die Genehmigung vom Bergamt erforderlich. Das Planfeststellungsverfahren für ein Endlager unterscheidet sich von anderen Verfahren zu Atomanlagen vor allem dadurch, daß es nur einen Verfahrensschritt gibt, nicht etwa verschiedene Teilgenehmigungen. Die im Herbst 1986 von der PTB als Antragstellerin bei der Genehmigungsbehörde (Niedersächsisches Umweltministerium = NMU) eingereichten Unterlagen müssen demnach das gesamte Projekt beschreiben.

Der NMU hat im Herbst die »vorgezogene Behördenbeteiligung« eingeleitet, d.h. die »Träger öffentlicher Belange« - wie Kommunen, Landvolk, DGB, BUND - haben die Planunterlagen zur Stellungnahme erhalten. Daraufhin beauftragten verschiedene Kommunen mehrere Gutachter zur Untersuchung der PTB-Planungen. Diese fielen für die PTB so katastrophal aus (»nicht mal das Niveau einer Diplomarbeit« — ein Gutachter), daß der NMU der PTB im Sommer '87 ihre Unterlagen zur Nacharbeitung zurückgab. Das soll mittlerweile soweit gediehen sein, daß der NMU von »Mai bis Juli 89« die Pläne — wie vorgeschrieben — zwei Monate öffentlich auslegen will. Dann und nur dann gibt es für alle Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit, Einwendungen gegen KONRAD einzureichen. Wer später klagen will, muß hier bereits die Gründe vorgelegt haben. Niveau einer Diplomarbeit - ein Gutachter)? daß der NMU von »Mai bis Juli 89« die Pläne - wie vorgeschrieben - zwei Monate öffentlich auslegen will. Dann und nur dann gibt es für alle Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit, Einwendungen gegen KONRAD einzureichen. Wer später klagen will, muß hier bereits die Gründe vorgelegt haben.

Schwachpunkt Langzeitsicherheit

Einer von vielen Schwachpunkten in den PTB-Planungen ist die Beweisführung bei der Langzeitsicherheit. Aufgrund der langen Halbwertszeiten von hunderten Jahren (auch der für Konrad vorgesehene Atommüll strahlt so lange) müssen eigentlich auch die Sicherheitsbetrachtungen über derartige Zeiträume geführt werden. Das Atomgesetz gibt jedenfalls keine zeitliche Beschränkung an. Da die PTB-Hochrechnungen für ca. 300.000 Jahre zu wackelig waren, wollen sie den zu betrachtenden Zeitraum auf 10.000 Jahre begrenzen. Der für die Berechnungen eigens eingeführte Zweig der »prognostischen Geologie« ist generell fragwürdig. In derartigen Prognosen gehen so viele, sensible Parameter ein, daß die Ergebnisse kaum einen Aussagewert besitzen.

Klima nach Tschernobyl verändert

Nach Tschernobyl wurden bisher noch keine Atomanlage stillgelegt; trotzdem hat sich vieles verändert, gerade auch um Konrad. Waren es Anfang der 80iger Jahre sich als politische Gruppen verstehende BIs und Arbeitskreise, sowie Grüne, die den Widerstand vor Ort getragen haben, so wurden nach Tschernobyl nicht nur neue Gruppen gegründet, sondern auch andere Gruppen und Organisationen zu Konrad aktiv. So z.B. die Jusos, kirchliche Friedensgruppen, BUND, Robin Wood usw. Die Gewerkschaften, so die IG Metall und der DGB in Salzgitter, verfaßten im Rahmen der vorgezogenen Behördenbeteiligung ablehnende Stellungnahmen zu Konrad. Die als betroffen geltenden und von der SPD angeführten Kommunen befaßten sich im Zuge der Nürnberger Beschlüsse auf einmal mit Konrad, gaben Gegengutachten in Auftrag, verfaßten mehr oder minder grundsätzlich ablehnende Stellungnahmen gegen Konrad. Insgesamt ist die Stimmung in der Region gegen Konrad.

Strahlenschutzamt nach Salzgitter - Erste Bestechung

Einzig die Stadt Salzgitter, als die Kommune vor Ort, ist, obwohl auch mit absoluter SPD-Mehrheit regiert, mehr oder minder offen für Konrad. Offizieller Sprachgebrauch: »Die Sicherheit der Bevölkerung hat natürlich oberste Priorität.« Um sich wenigstens diese Unterstützung warm zu halten, vergab die Bundesregierung im Dezember 1988 den Standort für das neu zu errichtende Strahlenschutzamt nach Salzgitter, selbst gegen die Proteste der Physikalisch Technischen Bundesanstalt (PTB), deren Abteilung SE gerne in Braunschweig geblieben wäre. Und weitere Bestechungsgelder werden in Aussicht gestellt: Im Bundeshaushalt 1989 sind Leertitel enthalten für »Ausgleichszahlungen an Endlagerstandorte.«

Der Widerstand muß sich neu formieren

Die heute vor Ort aktiven Gruppen sind fast ausschließlich erst seit ca. ein bis drei Jahren dabei. Die »alten« Gruppen spielen heute eine völlig untergeordnete Rolle. Es gibt kaum Aktive, die schon bei der ersten bundesweiten Demo 1982 zu Konrad dabei waren. Die einzige Gruppierung innerhalb dieser neuen Bewegung, die regional organisiert ist und dies auch für den Konrad-Widerstand ausnutzt, sind die Jusos. Nur sie sind z.Zt. in der Lage, größere Aktionen vorzubereiten und entsprechend einzuladen.

Experiment »Arbeitsgemeinschaft«

Ein Teil des Braunschweiger Arbeitskreises gegen Atomenergie (Gibraltargruppe) war im Sommer 1987 Mitbegründer der »Arbeitsgemeinschaft Schacht Konrad«. Erstes Ziel dieses Zusammenschlusses war es, eine gemeinsame Arbeitsstruktur aufzubauen. Das sollte ein Büro vor Ort und eine hauptamtlich eingestellte Per-

son sein, die die Kontinuität herstellt, die von zahlreichen Aktiven wegen Zeitmangels nicht geleistet werden kann. Die Arbeitsgemeinschaft (AG) sollte außerdem die gesamte gesellschaftliche Breite des Konrad-Widerstands darstellen und wirksam werden lassen.

Grundlage dieser Überlegung ist die Feststellung, daß es weder die alte Bewegung gibt, sie sich auch nicht wieder herstellen läßt, noch gibt es nur alte Bewegung und Nach-Tschernobyl-Gruppen. Bewegung ist doch heute viel mehr. AKW-GegnerInnen gibt es in allen gesellschaftlichen Bereichen, meist in der Mehrheit. Was früher unser Ziel war, nämlich daß andere Gruppen unsere Forderung nach sofortiger Stilllegung übernehmen, ist heute Wirklichkeit. Nur ordnen sich Gruppen wie die SPD, Gewerkschaften, bei uns auch die Landvolkverbände und die Kommu-

sind neben 160 Einzelmitgliedern ca. 25 Gruppen zahlende Mitglieder (Gruppen: 50,- DM monatlich), u.a. Bürgerinitiativen, kirchliche Friedensgruppen, Orts- und Kreisverbände der Grünen, der Juso-Bezirk Braunschweig, IPPNW Ortsgruppen (was ist das? d.S.), die DKP, der Landesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (LBU) und die Feldinteressensschaft Salzgitter-Bleckenstedt. Im Dezember 1988 ist als erste Kommune die Stadt Braunschweig der AG offiziell beigetreten.

Büro in Schachtnähe

Im Januar 1988 eröffnete die AG ihr erstes Büro in Salzgitter-Bleckenstedt, in Sichtweite vom Schacht. Gleichzeitig begann die hauptamtliche Kraft (der Autor dieses Artikels) mit der Arbeit.



Fotos: Reinhard Hübener

nen nicht uns einfach unter, sondern machen erstmal eine eigene Politik. Heute ist es so, daß sie definieren, was Ausstieg heißt und wie schnell so was geht. Und die alte Bewegung läßt es zu ...

Die AG versteht sich als Versuch für eine neue Form der Zusammenarbeit. Nur so halten wir es für möglich, gesellschaftlich vorhandene Mehrheiten (für den Ausstieg und die Verhinderung von Konrad) politisch auch umzusetzen. Heute

der IG Metall (IGM) in Salzgitter (mit ca. 35.000 Mitgliedern stärkste Einzelgewerkschaft in der Region). Die IGM hat in ihrem ablehnenden Beschluß Konrad als »Hebel der Vernunft« bezeichnet, mit dem man die Verantwortlichen zwingen kann, mit dem Ausstieg Ernst zu machen. Ich habe im letzten Jahr zahlreiche Vorträge zu Konrad im Rahmen von Bildungsveranstaltungen und Referentenschulungen gehalten. Für die bundesweite IG Metall Zeitung haben wir gemeinsam eine Seite zu Konrad gestaltet.

Konrad Kongress als Auftakt

Als Auftakt für die im Mai 1989 angekündigte öffentliche Auslegung der Pläne haben wir am

Beteiligung an Einwendungen

Für die in der AG beteiligten Gruppen ist klar, daß sie sich an dem Einwendungsverfahren beteiligen. Sofort nach Beginn der Auslegung wird bundesweit eine Sammeleinwendung über das Büro der AG verschickt werden. Das Verfahren soll politisch genutzt werden, um unsere Argumente dazustellen, um noch weitere Kreise mit der Konrad-Problematik zu konfrontieren. Den meisten Aktiven ist klar, daß die Einwendungen alleine das Projekt nicht stoppen können. Politischer Druck ist notwendig. Doch erst die Praxis wird zeigen, in welchem Verhältnis Arbeit in Einwendungen und andere Aktionen investiert wird. So kann es zu einer spannenden Frage werden, ob wir zu Beginn der Auslegung eine größere Demonstration veranstalten, um gleich deutlich zu machen, daß wir uns nicht nur auf die folgenden Einwendungen verlassen oder ob das für viele zur Zeit ungelegen kommt, weil sie mit den Einwendungen beschäftigt sind.

Stellenwert Landtagswahl 1990

Bei der Diskussion über die Perspektiven des Konrad Widerstands geht es z.Zt. mehr um den Stellenwert der Landtagswahl im Juni 1990. Die Jusos und andere argumentieren, daß eine Voraussetzung für die Verhinderung von Konrad eine andere Landesregierung sei. Der Planfeststellungsbeschuß ist für Mitte 1990 geplant. Wenn noch weitere Verzögerungen eintreten, ist es durchaus möglich, daß dieser Beschuß erst nach der Landtagswahl getroffen werden kann. Davon ausgehend - so argumentieren die Jusos - müssen wir es schaffen, Konrad zum Wahlkampfthema zu machen und die SPD auf eine klare Konrad Ablehnung festzulegen. Dies ist - bei aller Freude über die neue Beschlußlage der SPD zu Konrad - noch nicht der Fall. Wie die nebenstehende Aufstellung zeigt, gibt es z.Zt. noch verschiedene Schlupflöcher, durch die sich die SPD - wenn es die Situation erfordert - wieder zurückziehen könnte. Aufgabe ist es daher m.E. erstens, diese Schlupflöcher dicht zu machen und den Preis für ein Zurückziehen der SPD möglichst hochzuschrauben. Auf jeden Fall wird es wichtig sein, deutlich zu machen, daß wir

Meine Hauptaufgabe besteht in der fachlichen und organisatorischen Unterstützung der aktiven Gruppen. Ein weiterer Schwerpunkt sind Vorträge zum Thema »Konrad und Entsorgung«, von denen ich im letzten Jahr ca. 50 vor ganz unterschiedlichen Gruppen gehalten habe.

Zusammenarbeit mit Gewerkschaften

Außerordentlich gut läuft die Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften an, insbesondere mit

4.2.89 einen großen Konrad-Kongress mit ca. 400 Leuten durchgeführt, auf dem die gesamte Kritik an dem Projekt nochmals zusammengetragen wurde. Aktionen wurden hier nur angedeutet, sollen aber auf einem Treffen am 28.2. in Salzgitter näher diskutiert werden. Es wird dann das erste Mal sein, daß sich die Gruppen Gedanken machen, welche Aktionen sie gut und angemessen finden.

nicht auf die Wahlen vertrauen dürfen, sondern einen eigenen, starken und unabhängigen Widerstand aufzubauen.

Gesunde Empörung noch Mangelware

Es tut sich viel in der Region zu Konrad. Trotzdem fehlt noch der Funke, der viele ansteckt. Es fehlt die gesunde Empörung über die Sachzwänge, die ständig geschaffen werden. Insgesamt ist es noch zu ruhig, sind die Leute noch zu vorsichtig. Belebend könnte vielleicht sein, daß für zukünftige Veranstaltungen Leute aus Wackersdorf und Gorleben eingeladen wurden, die über ihre Erfahrungen bei sich berichten werden.

Verhinderung von Konrad als Hebel zum Ausstieg?

Wieweit eine Verhinderung von Konrad wirklich zur Stilllegung von Atomanlagen führen würde, will ich hier nicht diskutieren. Auf jeden Fall ist über diesen Aspekt ein guter Anknüpfungspunkt für die Diskussion über das gesamte Atomprogramm möglich und gemeinsame Aktionen denkbar. Außerdem ist die ablehnende Haltung zu Entsorgungsprojekten ein guter Maßstab für die

Ernsthaftigkeit von Ausstiegsbeschlüssen. Bei der jetzt abgeschlossenen Unterschriftensammlung zum »Salzgitteraner Appell« (ca. 22.000) haben wir besonders aus dem Süden tatkräftige Unterstützung bekommen.

Welches Endlager ist (un)sicher?

Die Argumentation gegen ein Endlager gestaltet sich weitaus schwieriger als bei anderen Atomanlagen. Der Gedanke, daß »der Müll ja irgendwo hinmuß«, führt selbst bei kritischen Leuten zu halbherzigen Positionen. So sprachen sich die Lingener BI gegen die verstrahlte Molke aber gleichzeitig »für eine Endlagerung« aus. Auch Greenpeace forderte in seiner Zeitung neben dem Ausstieg auch die sofortige Endlagerung, ohne beide Forderungen in ein Verhältnis zu setzen. Nach entsprechenden Briefen von uns will Greenpeace »diese Forderung so nicht mehr aufstellen«.

Aber auch eine einseitige Argumentation mit der Unsicherheit eines Standortes kann gefährliche Auswirkungen haben. So ist es für hier wichtig, wenn gegen das Endlager Gorleben nicht nur mit der Unsicherheit argumentiert wird, denn so werden Stichworte geliefert, daß Konrad im Vergleich ja noch sicherer wäre (Grundfrage offenbar für die unterschiedliche Position der SPD

in Niedersachsen zu Gorleben und Konrad). Selbst unabhängig davon ist die prinzipielle Ablehnung wichtig (»Über den vorhandenen Müll reden wir erst, wenn alle Atomanlagen stillgelegt sind«), denn Sicherheit ist eh relativ und schnell relativierbar.

Was ist wenn Stade abgeschaltet wird?

Über diese Frage sollten wir uns schon Gedanken machen, denn das das AKW Stade unter einer SPD-Regierung abgestellt wird, ist durchaus möglich. So kann die SPD ihren Ausstiegswillen dokumentieren und tut der Atombande nicht weh, die diesen alten Reaktor schon abgeschrieben hat. Doch dann kann der Druck auf uns als Endlagerstandort schlagartig zunehmen nach dem Motto: »Wenn wir jetzt beginnen auszustiegen, könnt ihr euch doch nicht mehr gegen die notwendige Entsorgung sträuben.« Auf jeden Fall ist es an der Zeit, endlich wieder das gesamte Atomprogramm und seine Verhinderung in den Blick zu bekommen und nicht bei einzelnen Anlagen oder Einzelaspekten stehen-zubleiben.

Claus Schröder

Konrad Zeitplan der Genehmigungsbehörde (NMU):

Mai bis Juli 89: 2 Monate öffentliche Auslegung der Planunterlagen der PTB

**Nov. 89: Erörterungstermin
Mitte 90: Planfeststellungsbeschluß, wenn positiv, dann Baubeginn**

**Mitte 90 bis Mitte 93: Umbauarbeiten
Mitte 93: Beginn der Einlagerung**

Angebote

1. Vortrag über Ausstieg / Entsorgung / Schacht Konrad

Eine ReferentIn hält bei Euch einen Vortrag; am besten organisiert Ihr gleich mehrere an aufeinanderfolgenden Abenden, dann werden die Fahrtkosten (die wir von Euch bekommen müßten) nicht so groß. Der Vortrag mit Video und Dias umfaßt:

- Zusammenhang von Ausstieg und Endlagerung (Verhinderung von Konrad als »Hebel zum Ausstieg«? !?)
- Geschichte, Situation und Perspektive der »Entsorgung«
- Funktion und Gefahrenpotential eines Endlagers Konrad
- Stand des Verfahrens, Widerstand und Perspektiven

2. Neu erschienen: Buch »Atommüllendlager Schacht Konrad«

Das erste Buch über Schacht Konrad ist Anfang Dezember im SP-Verlag in Marburg erschienen und kostet im Buchhandel 19,80 DM (ca. 170 S.). Herausgeber sind Dirk Fischer, Klaus Ness, Muzaffer Perik (Jusos aus dem Bezirk Braun-

schweig) und Claus Schröder (Geschäftsführer der AG Schacht Konrad). Außer Beiträgen der Herausgeber enthält das Buch auch solche von Jens Scheer zur Niedrigstrahlung, Gerhard Glogowski (Oberbürgermeister von Braunschweig, SPD) zur Zukunft der Region und Andreas Gleim zur Funktion des Planfeststellungsverfahrens. Über das Büro der AG könnt Ihr das Buch im Schwarz-Weiß-Druck für 14,- DM (incl. Porto) bestellen.

3. Sammelmappe zu Schacht Konrad

Mitte Dezember hat das Umweltschutzforum Schacht Konrad Salzgitter, Mitgliedsgruppe der AG Schacht Konrad, eine neue Sammelmappe zu Konrad fertiggestellt. Auf dem stabilen Deckel sind die grundlegenden Informationen zusammengestellt; auf z.Zt. 7 Einlegeblättern sind Informationen zu verschiedenen Aspekten von Konrad zu finden. Preis 1,- DM (+ Porto/ ab 10 Ex. 0,80 DM + Porto).

4. Konrad Aktuell

Aktuelles zu Schacht Konrad, Kontaktadressen, Termine von Aktionen, Treffen und Veranstaltungen. Erscheint ca. alle sechs Wochen und wird vom Umweltschutzforum Schacht Konrad

Salzgitter herausgegeben. Es wird gegen Spende regelmäßig zugeschickt von: Hannelore Ut-hoff, Wilhelm-Leuschner-Str. 16, 3320 Salzgitter 1

5. Konrad Pressespiegel

Dokumentation aller Artikel aus der regionalen und überregionalen Presse, sowie Fachzeitschriften, in den das Stichwort Konrad auftaucht. Erscheint alle 4 - 8 Wochen und wird von der Infostelle des Bundes kostenlos regelmäßig zugesandt: Infostelle des Bundes zur Nuklearen Entsorgung, Distelweg 1 b, 3320 Salzgitter 1

6. Öffentlicher Fragenkatalog zu ASSE II

Die AG Schacht Konrad hat Anfang November einen öffentlichen Fragenkatalog zum Atommüllendlager ASSE II (bei Wolfenbüttel) veröffentlicht und an die zuständigen Stellen zur Beantwortung verschickt. Die 16 Seiten starke Broschüre gibt gleichzeitig einen guten Überblick über die Umstände der Einlagerung von 1967 - 78 (125.000 Fässer wurden in der Zeit dort eingelagert) und die Versuche mit Atommüll, die auch noch in den nächsten Jahren weitergeführt werden sollen. Preis 1,50 DM (ab 10 Ex.: 1,20 DM + Porto)